

# Tödliche Hilfe?

Gut 100 Milliarden US-Dollar betrug die offizielle Entwicklungshilfe Ende 2008. Auch wenn wir uns im Zug der Banken- und Finanzkrise an große Zahlen gewöhnt haben, es erstaunt doch, wie wenig für die Menschen in den armen Ländern dabei herauskommt. Das gilt besonders für das Afrika südlich der Sahara, das über Jahrzehnte die meiste Hilfe erhalten, aber das geringste Wachstum erzielt hat. Der kenianische Ökonom James Shikwati hat daraus geschlossen, dass die beste Entwicklungshilfe darin besteht, überhaupt keine Hilfe zu geben, weil anders nur schlechte, autoritäre Regierungen gestärkt und Hilfe zur Selbsthilfe untergraben würden.

Wer genauer hinsieht merkt, dass eine solche Argumentation viel zu oberflächlich ist. Schließlich gibt es ja real, d.h. auf die Kapitalzu- und abflüsse bezogen, gar keine Hilfe des globalen Nordens für den Süden. Die Erlassjahrkampagne hat beispielsweise zur Jahrtausendwende vorgerechnet, dass die Länder des Südens von 1980 bis 1996 2,27 Mrd. \$ an Entwicklungshilfe-Krediten bekommen haben, im gleichen Zeitraum aber 2,65 Mrd. \$ (1.719 als Rückzahlung und 0,94 Mrd. als Zinsen) an die Industrieländer überwiesen haben. Gleichzeitig fielen die Preise für die von den armen Ländern exportierten Rohstoffe in dieser Zeit um rund 50%. Dazu kommt die massive Behinderung der Entwicklungschancen des Südens durch die aggressiven Agrarsubventionen des Nordens, durch den Aufkauf örtlicher Versorgungsangebote und vieles mehr.

Trotzdem macht es Sinn, auch nach Fehlern innerhalb der Entwicklungspolitik selbst zu suchen. Und da wird man schnell fündig. Beispielsweise gibt es einen gravierenden Wildwuchs der Geberorganisationen. (Astrid und ich haben selbst in Masatepe in Nicaragua erlebt, wie in derselben Stadt die unterschiedlichsten ausländischen Hilfsorganisationen nebeneinander her arbeiten, ohne ihre Programme aufeinander abzustimmen oder gar den Stadtrat zu informieren).

Viel Geld bleibt auch in der Verwaltung stecken, bei den Gebern wie bei den Nehmern. Es gibt mindestens 80 Entwicklungsagenturen mit einer viertel Million MitarbeiterInnen, die im Auftrag der Geber die Verwendung der Gelder vor Ort überwachen. Deutschland und andere Länder haben sogar mehrere solcher Agenturen gleichzeitig, geben aber auch Geld über Programme der UN, über UN-Sonderorganisationen, über spezialisierte multilaterale Fonds oder die EU. Unter den privaten Geldgebern gibt es winzig kleine, wie die asb und ihre PartnerInnen, aber auch NGO-Multis wie „Safe the Children“, „World Vision“ oder „Oxfam“.

Das Durcheinander bei den Helfern führt zu hohen Verwaltungsaufwendungen bei den Empfängern. 2005/ 2006 gab es z.B. 38 Entwicklungsländer, in denen von 33 Gebern mindestens 25 nebeneinander tätig waren. Und natürlich legen alle unterschiedliche Berichts- und Abrechnungspflichten für ihre Hilfe zu Grunde, senden teure Missionen zur Überwachung, fördern eher isolierte Einzelprojekte, statt sich in einen Entwicklungsplan der Regierung einzufügen usw.



2005 haben sich die Geberstaaten in einer Paris-Erklärung über die Wirksamkeit von Entwicklungshilfe auf ein Zwölfpunkteprogramm geeinigt, das bis 2010 umgesetzt werden soll. An oberster Stelle steht dabei das Stichwort „Ownership“, d.h. den armen Ländern wird das Recht zugestanden, selbst über die geeignetsten Strategien für Entwicklung und Armutsbekämpfung zu entscheiden. Dabei sollen sie von den Geberländern „unterstützt“ werden, was sicher einerseits vernünftig ist, andererseits aber auch dazu führen kann, dass alles beim alten bleibt. Schließlich kennen wir ja all die guten Ratschläge der neoliberalen „Fachleute“ in IWF und Weltbank, die seit Jahren durch ihre Beratung das wirtschaftliche Desaster der armen Länder nur vergrößert haben.

Ernst Standhartinger,  
nach einem Artikel von Bernd Ludermann in  
WELT-SICHTEN 12-2008/ 01/2009.